

Bürgerinitiative Malteserschloss (BIM)

Stellungnahme zum Artikel „Gezerre um die Schule im Schloss“, Badische Zeitung, 11.9.2020

## **Journalistische Grundsätze verletzt**

Faktencheck und Erläuterungen zum Riexinger-Artikel

**Der von Klaus Riexinger verfasste Artikel missachtet zahlreiche Grundsätze des seriösen Journalismus. In dieser Stellungnahme werden fehlende Fakten nachgeliefert und falsche Behauptungen richtiggestellt. Außerdem weisen wir auf zahlreiche Formulierungen hin, die offensichtlich der Stimmungsmache und nicht der Information dienen.**

*Zitate aus dem Artikel stehen zwischen Anführungszeichen und sind typographisch abgesetzt.*

„Im Februar stimmten die Heitersheimer in einem Bürgerentscheid für ein internationales College“

Die ersten Fehler im ersten Satz: Die Bürger entschieden über einen Städtebaulichen Vertrag, der eine Schule ermöglichen sollte. Von einem College war bisher nie die Rede.

„Damit kippte die Bürgerschaft einen Gemeinderatsbeschluss vom Oktober 2019, der mit knapper Mehrheit die Schule abgelehnt hatte.“

Der Gemeinderat hat keine Schule abgelehnt, sondern einen für die Stadt höchst nachteiligen Städtebaulichen Vertrag.

„Der Preis wurde auf 4,95 Millionen Euro veranschlagt – bei geschätzten 20 Millionen Euro Sanierungskosten.“

Die vorliegenden Gutachten weisen für das Schloss eine gute bis befriedigende Bausubstanz aus, über eine „Sanierung“ – sofern überhaupt nötig – ist nichts bekannt, zu eventuellen Sanierungskosten gibt es keine öffentlich bekannte Berechnung. Die Investoren haben die 20 Millionen nicht für eine Sanierung, sondern für Umbaumaßnahmen veranschlagt, die für den geplanten Schulbetrieb nötig werden.

„Seit Jahren tobt ein unversöhnlicher Streit in der Malteserstadt. Es ging um eine Umgehungsstraße, um die Enteignung von Grundstücken, um die Baulandpolitik des früheren Bürgermeisters Martin Löffler (SPD).“

Es ist Riexinger selbst, der hier die Vermengung der Themen herbeiführt. Die BIM hat sich ausschließlich mit dem Schloss beschäftigt. Im Gemeinderat sind die hier aufgeführten Themen seit vielen Monaten nicht mehr zur Sprache gekommen.

„Die Querelen finden bis heute kein Ende.“

Siehe oben. Über das Malteserschloss gibt es tatsächlich eine kontroverse kommunalpolitische Diskussion im Ort. Mit dem Wort „Querelen“ wird dieser demokratische Normalfall abgewertet und diffamiert.

„...dass sich Wang als Delegierter des chinesischen Volkskongresses aber in einem diffizilen politischen Umfeld bewegt, lässt sich kaum leugnen.“

Wang ist mehrfacher Funktionsträger einer repressiven Diktatur. Er hat das antidemokratische Sicherheitsgesetz für Hongkong öffentlich unterstützt. Dass er sich „in einem diffizilen Umfeld bewegt“ darf man hier wohl als irreführende Verharmlosung bezeichnen.

„China-Experten weisen allerdings darauf hin, dass es kaum objektive Forschung zum Einfluss Pekings auf Bildungseinrichtungen und nur wenig konkrete Belege für entsprechende Einflussnahmen in Europa gebe – anders als in Neuseeland und Australien.“

Also gibt es diese Belege sehr wohl – siehe unter anderem die Diskussion um die Konfuzius-Institute in Deutschland. In Neuseeland und Australien ist es China bereits gelungen, seinen Einfluss auch auf Bildungsinstitutionen auszudehnen. Es ist ein Glück, dass diese Einflussnahme in Deutschland noch am Anfang steht. Noch haben wir die Möglichkeit, sie zurückzudrängen.

„Für Hodeige haben solche Spekulationen mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun. Bislang schaffe es Wang sogar, die beiden United World Colleges in China und Hongkong – auf Völkerverständigung ausgerichtete internationale Schulen – frei von Einflussnahme zu halten. Wang ist im Vorstand von UWC China.“

Die Information über Wang und seine Aktivitäten hat die BZ – nicht nur in diesem Artikel – ausschließlich von Wang selbst und von Hodeige bezogen. Eine kritische Überprüfung wurde nie vorgenommen. Auch der Peking-Korrespondent, der dazu hätte recherchieren können, wurde von der BZ nie eingeschaltet, obwohl sie mehrere Dutzend Berichte zum Thema veröffentlicht hat. Zu den anderen beiden Teilhabern der Heitersheim Schlossgesellschaft, die Bürger der Volksrepublik China (VRC) sind, hat die BZ keinerlei Recherchen angestellt – sie sind bis heute unbekannt. Dass in der von der Kommunistischen Partei unter Xi Jinping diktatorisch geführten VRC eine Schule „frei von Einflussnahme“ gehalten werden könnte, widerspricht allem, was die seriösen Medien des Westens – einschließlich der BZ – über dieses Land berichten.

„Hodeige weist ‚die Verunglimpfung meines Freundes und Geschäftspartners‘ zurück.

Nicht nur hier taucht das Wort „Verunglimpfung“ auf, das war schon in früheren Artikeln der BZ und des Sonntag der Fall. Doch wer hat wann was gesagt oder geschrieben, das man mit diesem Wort bezeichnen könnte? Der Vorwurf wird wiederholt in den Raum gestellt, aber nie konkretisiert. Die BIM hat in Bezug auf Wang Jiapeng ausschließlich nachprüfbar Fakten wiedergegeben. Dasselbe gilt für die Stadträte, die sich öffentlich zu diesem Thema geäußert haben.

„Hodeige hält zusammen mit seiner Frau 60 Prozent der Anteile an der Schlossgesellschaft und ist somit die bestimmende Kraft.“

Die Heitersheim Schlossgesellschaft hat ein Stammkapital von 10.000 Euro, der Anteil von Hodeige und Gattin beläuft sich also auf 6000 Euro. Das Investitionskapital für die Schule wird nach Hodeiges eigener Aussage aus China kommen. Die Entscheidungsgewalt liegt bekanntermaßen beim Kapitalgeber. Die entscheidende Person in einer KG ist ohnehin der persönlich haftende Gesellschafter: die in Hongkong registrierte Rhodes Education Ltd., die Wang Jiapeng gehört.

„Im April legte die CDU dann der Verwaltung eine Liste mit 25 Fragen vor, verbunden mit der Bitte, diese öffentlich zu beantworten. Es war die Art, wie die Fragen formuliert waren, die aufhorchen ließ. Aus manchen Formulierungen ließ sich das tiefe Misstrauen gegen die Verwaltung herauslesen.“

Es ist die Aufgabe des Stadtrates, die Verwaltung zu kontrollieren. Einmal mehr beschreibt Riexinger einen urdemokratischen Vorgang auf – wie wir finden – verunglimpfende Weise.

„Einmal wurde suggeriert, dass der Bürgerentscheid konspirativ im Rathaus eingefädelt wurde.“

Es wurde nichts suggeriert. Vielmehr wurde auf folgenden Umstand hingewiesen: Die Stadtverwaltung bat am 10. Oktober 2019, keine 48 Stunden nach dem Gemeinderatsbeschluss, um anwaltliche Hilfe bei der Formulierung eines Bürgerbegehrens. Der entsprechende Antrag des Vereins „Schule im Schloss“ ging aber erst am 22. Oktober ein. Offensichtlich wurde das Bürgerbegehren also nicht von Bürgern, sondern von der Stadt initiiert. Auch hier bedient sich Riexinger einer abwertenden Formulierung, verzichtet aber auf jede Recherche und die Darstellung der Fakten.

„Zachow reagierte zurückhaltend. Er finde es befremdlich, dass wochenlang mit einem nicht vorliegenden Gutachten argumentiert werde.“

Die befragten Sachverständigen gingen nach einer überschlägigen Einschätzung im Frühsommer von einem Einnahmeausfall der Stadt von rund einer halben Million Euro aus. Das Gutachten steht kurz vor der Fertigstellung und wird demnächst der Öffentlichkeit präsentiert. Sowohl der Bürgermeister als auch der Autor des Artikels waren über diese Punkte informiert. Warum findet das im Text keinen Niederschlag?

„Der Druck zeigte Wirkung. Fünfgeld stand nicht mehr zur Verfügung.“

Woher stammt diese Information? Offenbar nicht aus gründlicher Recherche, denn Riexinger hat nicht mit Daniela Fünfgeld gesprochen.

„Wer demokratische Entscheidungen nicht anerkenne, setze seine eigenen Interessen über die der Bürgerschaft, hielt die SPD der CDU vor und stellte die Vermutung an, dass sich die Partei ‚zum Handlanger einer kleinen Clique‘ gemacht habe.“

Die „kleine Clique“ als Teil des politischen Vokabulars geht auf Hitler und Goebbels zurück. So bezeichneten der „Führer“ und sein Chefpropagandist die Widerstandsgruppe des 20. Juli, deren Mitglieder sie kurz darauf ermorden ließen. Schlimm genug, wenn die Heitersheimer SPD diesen Nazi-Begriff benutzt. Aber wie kann es sein, dass der Redakteur einer „seriösen Tageszeitung“ ihn ohne jede Einordnung übernimmt?

„Damit meinte sie offenbar die Kreise um den Heitersheimer Steuerberater Christian Winterhalter und Landwirt Bernhard Walz.“

Meinte sie, oder meinte sie nicht? Auch hier: Statt Recherche bringt Riexinger Kolportage, Mutmaßung und Unterstellung. Die genannten Personen wurden von Riexinger ebenfalls nie befragt.

„Ihm (Schaber) gehe es nur um die Prüfung des Städtebaulichen Vertrags mit der Schlossgesellschaft. In dem will er viele Fehler ausgemacht haben.“

Der Entwurf dieses Vertrags wurde vor rund einem Jahr öffentlich gemacht wurde. Die BZ hat in dieser Zeit weder eine inhaltliche Analyse

des Vertrags vorgenommen noch ihre Leser gründlich über ihn informiert. Über wesentliche Kritikpunkte wurde nur unvollständig oder gar nicht berichtet, die Apologien der Investoren hatten immer Vorrang.

„Möglicherweise, so wird nun von anderer Seite spekuliert, stand das Votum in Zusammenhang mit einer Landtagspetition.“

Wer spekuliert? Oder versteckt der Autor seine eigene Spekulation hinter einer anonymen „anderen Seite“?

„Die Gemeinderäte wurden erst Anfang August informiert, dass es überhaupt eine Petition gab. Wussten es die Schul-Kritiker vorher?“

Die Antwort auf diese Frage hätte Riexinger mit wenigen Anrufen erhalten können. Er hat sie den „Schul-Kritikern“ jedoch nicht gestellt, mit der BIM hat er während seiner „Recherche“ keinen Kontakt aufgenommen. Die BIM war übrigens nicht über die Petition informiert.

„Das könnte das Abstimmungsverhalten erklären, nachdem der Landtag keine rechtlichen Einwände hatte gelten lassen.“

Ein Journalist darf spekulative Schlussfolgerungen ziehen, wenn die weitere Recherche blockiert ist. Doch auch hier hätten ein, zwei Anrufe genügt, um Aufklärung zu erhalten. Die Fraktionen von CDU und ZfH haben nach Aussage der Fraktionssprecher für den Bebauungsplan gestimmt, weil dies dem Bürgerentscheid entspricht und ein ordentliches Verfahren ermöglicht.

„Zudem behauptete die BIM jetzt, dass sie die formale Rechtmäßigkeit des Bürgerentscheids und die Unterzeichnung des Städtebaulichen Vertrags nie in Frage gestellt habe.

In dieser Formulierung ist das „Aber“ impliziert, wird aber nicht ausgesprochen. Die BIM hat tatsächlich nie einen formalen Einwand gegen den Bürgerentscheid erhoben – das ist keine Behauptung, sondern eine Tatsache, die sich mit geringem Rechercheaufwand hätte verifizieren lassen. Bei der Recherche für diesen Artikel hat Riexinger die BIM nicht einmal kontaktiert.

„Die Petentin bleibt zwar anonym, doch die Besucher einer Infoveranstaltung zur Schule in der Malteserhalle am 28. Januar haben die Frau erlebt. ... Es hieß, die Frau wohne nicht in Heitersheim, sie sei aber die Schwägerin eines BIM-Mitglieds. Eine Bestätigung dafür gibt es nicht.“

Wenn es keine Bestätigung gibt, ist es wohl ein Gerücht, das jeder Grundlage entbehrt. Warum wird es von der BZ weiterverbreitet?

„Es klingt aber merkwürdig, dass eine vom Schlossverkauf nicht berührte Frau eine Petition mit Detailkenntnissen verfasst, ohne sich den Kritikern zu erkennen zu geben.“

Die „Detailkenntnisse“, die aus dem Ablehnungsschreiben des Landtags zu entnehmen sind, entstammen durchweg öffentlichen Informationen. Sie standen jedem zur Verfügung, der sich mit dem Thema beschäftigt hat. Ob man „vom Schlossverkauf berührt“ ist oder nicht, ist eine persönliche Wahrnehmung, die nichts mit einem – dem Autor zudem offenbar unbekanntem – Wohnort zu tun hat. Warum äußert Riexinger hier wieder eine Mutmaßung ohne jede faktische Grundlage?

Angesichts der genannten Details scheint folgender Schluss angemessen: Der Artikel verfolgt nicht den Zweck der sachlichen Information. Er

ergreift einseitig Partei und nutzt die klassischen Elemente populistischer Stimmungsmache. Er ist nicht nur eines seriösen Mediums unwürdig, sondern verstößt auch gegen alle Grundsätze journalistischer Ethik.

### **Kontakt**

Bürgerinitiative Malteserschloss, Zsolt Pekker (Erster Vorsitzender)  
Postfach 11 16  
79419 Heitersheim  
+49 - 76 34 - 55 19 46  
z.pekker@bi-malteserschloss.de